## **TEXTLICHE FESTSETZUNGEN (TEIL B)**

#### I) PLANUNGSREHTLICHE FESTSETZUNGEN

1) Art und Maß der baulichen Nutzung

1.1) Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr.1 BauGB)

SO Fremdenverkehr (Sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO), hier Hotel/Beherbergung

Das SO Fremdenverkehr dient der gewerblich betriebenen Fremdenbeherbergung Zulässig sind:

- Hotels / Pensionen sowie sonstige Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
- Ferienappartements und -wohnungen
- Schank- und Speisewirtschaften - Anlagen für kulturelle, gesundheitliche Zwecke sowie sonstige Einrichtungen zur Freizeitgestaltung- Wohnungen für Betriebsinhaber, Betriebsleiter und Personen, die in den im Plangebiet ansässigen Betrieben des Beherbergungsgewerbes tätig
- Zufahrten und Stellplätze für den durch die zugelassene Nutzung verursachten Bedarf.

1.2) Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr.1 BauGB) Das Maß der baulichen Nutzung darf mit den in § 19(4) BauNVO bezeichneten

Anlagen bis zu einer GRZ von 0,3 überschritten werden.

2) Überbaubare Grundstücksfläche / Nebenanlagen 2.1 Flächen für Stellplätze / Nebenanlagen (§ 9(1) Nr. 4 BauGB) Stellplätze sind nur in den dafür vorgesehenen Flächen bzw. innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

### II) ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN (§ 86 LBauO M-V)

II.1) Dachform / -material

# II.1) Bodendenkmale

Umweltamt des Landkreises abzustimmen.

Werden bei Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt, ist gemäß §11 DSchG M-V (GVBI. M-V Nr. 23 vom 28.12.1993, S. 975ff.) die zuständige Untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen des Landesamtes für Bodendenkmalpflege oder dessen Vertreter in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür die Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundstückseigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

#### III) Hinweise

Sollten sich bei den Baumaßnahmen Hinweise auf einen Altlastenverdacht oder sonstige schädliche Bodenveränderungen ergeben, sind die weiteren Schritte mit dem StALU Vorpommern, Dienststelle Stralsund (zuständige Behörde nach § 2 Nr. 1 der Abfall- und Bodenschutz-Zuständigkeitsverordnung M-V i. V. m. § 4 der Landesverordnung über die Errichtung von unteren Landesbehörden der Landwirtschafts- und Umweltverwaltung vom 3. Juni 2010) sowie mit dem

Dächer von Hauptanlagen sind mit einer Dachneigung im Bereich von 40-55 Grad auszuführen. Als Dachform sind zulässig: Satteldächer; Walm- bzw. Krüppelwalmdächer. Als Dacheindeckung sind zulässig: Reet, Ziegel; als Farben sind zulässig: schwarz, grau, rot; -dominante und glänzende Dachfarben sind ausgeschlossen. Solaranlagen (Solarkollektoren / Solarzellen) als Dachdeckung sind zulässig. Ausnahmsweise können für Erweiterungen, Änderungen, Nutzungsänderungen und Erneuerungen bestehender Gebäude geringere Dachneigungen zugelassen werden, sofern der Bestand vor Beginn der Maßnahme eine geringere Dachneigung aufweist. II.2) Gauben / Dacheinschnitte Gauben müssen zum First einen Abstand von mind. 0,8 m, zur Traufe einen Abstand von mind. 0,5 m (jeweils gemessen in die Projektion in die Lotrechte) sowie zu den seitlichen Kanten der Dachfläche einen Abstand von mind. 1,5 m einhalten. II.3) Wandfarben Unzulässig sind Wandfarben mit einem Hellbezugswert von über 70. II.4) Stellplätze und Zufahrten Stellplätze und ihre Zufahrten sind mit wasserdurchlässigem Belag herzustellen (Rasengittersteine, Schotterrasen, Ökopflaster, etc.). III) Nachrichtliche Übernahmen (§9 (6) BauGB)

Gustow, den

bekannt gemacht worden.

Gustow, den

Gustow, den

Gustow, den

informiert worden.

6) Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Stellungnahmen am ...... und am ......geprüft. Das Ergebnis ist mit Schreiben vom ..... und ..... mitgeteilt worden.

Gustow, den Bürgermeister

7) Die Gemeindevertretung hat am ...... den Entwurf und die Begründung gebilligt und zur Auslegung nach § 3 (1) BauGB bestimmt.

4) Die Behörden und die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom ...... nach § 4(2) Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch den Aushang an zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Gustow, den

Gustow, den

Gustow, den

Liegenschaftskataster

Bürgermeister

5) Die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (2) BauGB ist durch öffentliche Auslegung des Entwurfs mit Begründung und Umweltbericht und umweltrelevanten Stellungnahmen vom ... bis zum ..... während folgender Zeiten im Amt

Bergen auf Rügen

montags bis freitags von 8.00 bis 12.00 Uhr, montags, mittwochs, donnerstags 13.00 bis 16.00 Uhr und

dienstags 13.00 bis 18.00 Uhr durchgeführt worden.

Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, das Bedenken und Anreaungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können als Bekanntmachung durch Aushang in der Zeit vom .... bis zum

Bürgermeister

Bürgermeister

8) Der Bebauungsplan wurde am ...... von der Gemeindevertretung beschlossen, die Begründung mit dem Umweltbericht wurden gebilligt.

9) Der katastermäßige Bestand sowie die geometrischen

Festlegungen am ..... entsprechen dem

ortsüblich bekannt gemacht worden.

Gustow, den Bürgermeister

einer Stellungnahme aufgefordert worden.

VERFAHRENSVERMERKE

1) Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der

den Bekanntmachungstafeln vom ...... bis zum .....

Gemeindevertretung vom 05.November.2018. Die ortsübliche

Bürgermeister

2) Die für die Landesplanung und Raumordnung zuständige Stelle ist

gemäß § 17 LPIG über die Absicht, einen Bebauungsplan aufzustellen,

Bürgermeister

Bürgermeister

4) Die Behörden und die von der Planung berührten Träger öffentlicher

Belange sind mit Schreiben vom ...... nach § 4(1) zur Abgabe

3) Die Gemeindevertretung hat am 05. Novemver 2018 den Entwurf und

die Begründung gebilligt und zur Auslegung nach § 3 (1) BauGB

5) Die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (1) BauGB ist durch öffentliche Auslegung des Entwurfs mit Begründung vom ...... bis zum .. während folgender Zeiten im Amt Bergen auf Rügen montags bis freitags von 8.00 bis 12.00 Uhr, montags, mittwochs, donnerstags 13.00 bis 16.00 Uhr und dienstags 13.00 bis 18.00 Uhr durchgeführt worden. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, das Bedenken und

Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können als Bekanntmachung durch Aushang in der Zeit vom ..... bis zum ..... ortsüblich

Unterschrift/Siegel ....., den

10) Der Bebbauungsplan wird hiermit ausgefertigt

Gustow, den Bürgermeister

Bürgermeister 11) Die Satzung über den Bebauungsplan sowie die Stelle, bei der der Bebauungsplan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind als Bekanntmachung durch Aushang in der Zeit vom

...... bis zum ...... ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§215 Abs. 2 BauGB) und weitere auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen

(§ 44BauGB) hingewiesen worden. Der Bebauungsplan ist mit Ablauf des ...... in Kraft getreten.

Gustow, den Bürgermeister

Gustow, den Bürgermeister

# **PLANZEICHNUNG (TEIL A)** Maßstab 1:1000



LEGENDE gemäß PlanZV

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§9 ABS. 1 NR.1 BAUGB; §§ 1 - 11 BAUNVO) 01.01.03

so

SONDERGEBIET (§ 11 BauNVO)

(§9 ABS.1 NR.1 BAUGB, §16 BAUNVO) 02.05.00 02.07.00 02.07.00

03.05.00

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

GRUNDFLÄCHENZAHL ZAHL DER VOLLGESCHOSSE als Höchstmaß FIRSTHÖHE IN METERN ÜBER

BAUGRENZE

3. BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN OFFENE BAUWEISE 13. PLANUNGEN. NUTZUNGSREGELUNGEN. MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR **ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (** 

13.2 ANPELANZEN VON BÄLIMEN, STRÄLICHERN LIND SONSTIGEN BE-PFLANZUNGEN SOWIE BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLAN-**ERHALTUNG** 

ANPFLANZEN

13.3 ÛMGRENZUNG VON SCHUTZGEBIETEN UND SCHUTZOBLEKTEN IM SINNE DES NATURSCHUTZRECHTS (§ 9 ABS. 6 BAUGB)



**SONSTIGE PLANZEICHEN** 



Flächen für Stellplätze (§9(1)Nr.4 BauGB



Grenze des räumlichen (§ 9 Abs. 7 BauGB)

## SATZUNG

über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 7 "Landhaus Prosnitz".

Aufgrund § 10 Bau GB in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBI. I S. 3634) sowie nach § 86 LBauO M-V vom 18.04.2006 (GVOBI. M-V S, 102), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Mai 2011 (GVOBI. M-V S. 323), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom ...... folgende Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 7 "Landhaus Prosnitz", bestehend aus Planzeichnung (Teil A) und Textlichen Festsetzungen (Teil B), erlassen.



raith hertelt fuß | Partnerschaft für Stadt-, Landschafts- und Regionalplanung

Freie Stadtplaner, Architekten und Landschaftsarchitektin

Frankendamm 5, 18439 Stralsund Hirschstraße 53, 76133 Karlsruhe www.stadt-landschaft-region.de

> **Gemeinde Gustow** vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 7

> > "Landhaus Prosnitz" Vorentwurf §§ 3+4 (1) BauBG

Fassung vom 28.10.2015, Stand 24.09.2018

Maßstab 1:1.000